

Grün geführte Verbraucherzentrale fordert Klimakopfgeld von 139 Euro

Irrwitzige Mogelpackung

Klimaschutz ist teuer. Anders als Jürgen Trittin es 2004 versprochen hat, ist es mit einer Kugel Eis pro Bürger bei weitem nicht getan. Allein die Einführung der „CO₂-Bepreisung“ vor drei Jahren hat dem Staat bisher 11,4 Milliarden Euro eingebracht, das sind etwa 139 Euro pro Kopf vom Kleinkind bis zum Greis. Im Ampel-Koalitionsvertrag war noch ein Klimageld als sozialer Ausgleich versprochen worden. Das fordern Verbraucherverbände und Ökonomen jetzt vehement ein. In Österreich gibt es einen „Klimabonus“ von mindestens 110 Euro pro Erwachsenen seit 2022, Kinder bekommen die Hälfte. Dagegen hat die Ampel ihre Versprechungen inzwischen faktisch wieder einkassiert.



von
**Ulrich
van Suntum**

„Während wir uns abstrampeln und selbst ruinieren, steigen die globalen CO₂-Emissionen weiterhin.“

Während Finanzminister Christian Lindner die Bürger auf die nächste Legislaturperiode vertröstet, greift Robert Habeck tief in die Trickkiste: Die Abschaffung der EEG-Umlage im Juli 2022 sei faktisch schon ein Klimageld gewesen. Dabei werden die Bürger weiterhin voll mit den Kosten der Ökostromsubventionen belastet, nur eben jetzt als Steuerzahler statt wie bisher als Stromkunden. Zudem hatte es im Koalitionsvertrag geheißt, das Klimageld solle zusätzlich zur Abschaffung der EEG-Umlage gezahlt werden. Aber auch grundsätzlich ist das Klimageld eine Mogelpackung. Zum einen wäre es nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das gälte auch dann, wenn der Staat alle CO₂-Einnahmen damit an die Bürger zurückgeben würde. Denn dann blieben immer noch alle Kosten bei ihnen hängen, die sie zwecks Verringerung oder Vermeidung von Klimaabgaben tätigen müßten.

Und diese Kosten sind immens, im Gebäudebereich erreichen sie schnell vierstelligen Beträge für eine einzige vermiedene Tonne CO₂. Das sind volkswirtschaftliche Belastungen, die der

Staat nicht wirklich ausgleichen, sondern nur per Umverteilung hin- und herschieben kann.

Würde es dabei wenigstens gerecht zugehen? Wohl kaum, schon jetzt wird routinemäßig verlangt, die „Besserverdienenden“ dabei auszunehmen. Dabei zahlen diese sogar überdurchschnittlich viel CO₂-Steuer, ebenso wie die Wirtschaft, die aber ebenfalls nichts zurückbekommen soll. Angeblich könne sie ja die Steuer auf die Verbraucher überwälzen. Das wird aber vielfach nicht gelingen und damit voraussichtlich zu weiteren Insolvenzen führen. Übrigbleiben dürfte vom „Klimageld“ daher am Ende nur eine weitere Umverteilungsrunde, deren Ergebnis rein politisch bestimmt sein wird. Die Bürger geraten damit wieder ein Stück mehr in die Abhängigkeit vom Staat, der ihnen das Geld erst aus der Tasche zieht, um ihnen dann mit viel Tamtam ein paar Almosen zurückzugeben.

Die Gesamtkosten der deutschen Klimaschutzpolitik liegen ohnehin im Billionenbereich und damit weit höher als die überschaubaren Beträge, um die derzeit gefeilscht wird. Vieles davon ist gar nicht offen sichtbar, weil es sich um Folgekosten ordnungsrechtlich erzwungener Investitionen und Verhaltensänderungen handelt. Dabei ist die Emission von Treibhausgasen hierzulande seit 1990 bereits um 46 Prozent reduziert worden und liegt inzwischen auf dem Niveau der 1950er Jahre. Statt über staatliche Brotkrumen wie das Klimageld zu streiten, sollte man daher erst einmal mit den Abgaben- und Vorschriften-Organen selbst innehalten. Einen nachweisbaren Effekt auf das Weltklima haben sie nämlich bisher nicht gehabt. Und während wir uns hier abstrampeln und selbst ruinieren, steigen in der Welt die Treibhausgasemissionen munter weiter, um mehr als zwei Drittel allein seit 1990.

Gold ist weiterhin eine Liquiditätsreserve außerhalb des Finanzsystems

Auf Bewährtes setzen

Von **Frank Wagner**

Ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um Gold zu kaufen? Das Edelmetall notiert bei 2.030 Dollar pro Feinunze und damit nur wenig unter dem bisherigen Rekordtagesschlusskurs von knapp 2.078 Dollar. Am 5. Oktober, zwei Tage vor dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, waren es nur 1.820 Dollar gewesen. Dennoch gibt es viele Faktoren, die aktuell weiterhin für das Gold als Anlageklasse sprechen – auch wenn die offiziell gemessene Inflation weltweit aktuell merklich nachgibt.

Die großen Zentralbanken stehen vor einem Kurswechsel: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sie die Zinsen absenken. Die Wirtschaften lahmen, und die hochverschuldeten Länder halten die erhöhte Zinsbelastung nicht mehr lange aus. Nachgebende Zinsen wirken positiv auf den Goldpreis: Sie verringern die Kosten der Goldhaltung – denn die Zinserträge, die der Anleger mit dem Halten von verzinslichen Papieren erzielen kann, schwinden. Das hebt tendenziell den Preis des gelben Metalls. Nicht weniger wichtig ist der Trend der „Ent-Dollarisierung“: Selbst westliche Länder wenden sich vom Dollar ab, und ihre Zentralbanken setzen bereits auf den Auf- und Ausbau von Goldre-

serven. Und schließlich ist da die begründete Sorge vor der ganz großen Krise in der internationalen Kredit- und Geldarchitektur: Es ist nicht eine Frage des Ob, sondern nur des Wann, daß das sogenannte ungedeckte Fiat-Geldsystem erneut in Schieflage gerät und daß Banken ins Trudeln geraten. Anschwellende Kreditausfälle werden die Zentralbanken erneut auf den Plan rufen, die dann mit neu geschaffenen Geld die offenen Rechnungen bezahlen und damit eine neue Inflationswelle losretten. Mit dem Halten von Gold kann der Anleger all diesen Risiken wirksam die Stirn bieten. Die Irrungen und Wirrungen, die immer wieder die Preise auf den Kapital- und Rohstoffmärkten durcheinanderwirbeln, lassen sich aber nicht ausschließen.

Der Goldpreis kann daher kurzfristig noch nachgeben – ein Abwärtspotential von zehn bis 15 Prozent ist möglich. Für Anleger, die mit einem langfristigen Horizont von fünf oder mehr Jahren operieren, wird das jedoch nicht ins Gewicht fallen. Sie haben gute Gründe, weiterhin auf Gold zu setzen. Denn daß der Goldpreis seinen langfristigen Aufwärtstrend in den kommenden Jahren fortsetzt, ist sehr wahrscheinlich.



Defekte Toilette: Die Schule wurde zu einem gesellschaftlichen Reparaturbetrieb, doch das kann sie nicht nebenbei leisten

Mehr Herz für unsere Kinder

Ifo-Chancenmonitor: Bildungsrealitäten in Deutschland / Ungerechte Chancenverteilung?

DIRK MEYER

Das deutsche Schulwesen ist ein Sanierungsfall: Ausfall von „planmäßigen“ Unterrichtsstunden im Zehner-Prozentbereich – in NRW wird die statistische Nichterhebung mit der Arbeitsbelastung begründet; Klassengrößen, die einen individuellen Schülerbezug unmöglich machen; bundesweit fehlen trotz Quereinsteigern über 14.000 Lehrkräfte; eine weitgehend gescheiterte Integration; marode Schulen, die, teils auf dem technischen Stand der Jahrtausendwende, den pädagogisch-didaktischen Anforderungen nicht genügen können. Da etwa 58 Prozent der Wahlberechtigten älter als 50 Jahre sind, hingegen die U30-Altersgruppe weniger als neun Prozent ausmacht, erscheint der Rentenzuschuß aus Steuermitteln von derzeit 112 Milliarden Euro politisch opportuner als eine Aufstockung der Ausgaben für Bildung von insgesamt 125 Milliarden Euro.

Die Quittung kam mit der PISA-Erhebung, die im Dezember erschien. Daran nahmen deutschlandweit 6.116 Schüler in 257 Schulen teil. 30 Prozent der 15jährigen verfehlten demnach in Mathematik das Mindestkompetenzniveau und können den Dreisatz etwa zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit eines Sonderangebots nicht anwenden. Beim Lesen sind es 26 Prozent und in den Naturwissenschaften 23 Prozent. Damit ist das Leistungsniveau niedriger als dasjenige, welches zur Jahrtausendwende den ersten PISA-Schock hervorgerufen hatte. Zudem fällt der Leistungsrückgang in Deutschland erheblich größer aus als in anderen Ländern.

Die Bildungschancen vererben sich

Parallel dazu erhob das Münchner Ifo-Institut auf der Basis des Mikrozensus von über 51.000 Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 18 Jahren, wie (un-)gerecht die Bildungschancen in Abhängigkeit vom familiären Hintergrund verteilt sind. Dazu wurde die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, in Abhängigkeit von vier Kriterien untersucht: die Anzahl der Elternteile mit Abitur, das Haushaltsnettoeinkommen, der Migrationshintergrund der Eltern und ob Alleinerziehende vorlagen. Die Ergebnisse bestätigen alte Weisheiten: Die Bildungschancen vererben sich. Je nachdem, ob kein, ein oder zwei Elternteil(e) ohne Migrationshintergrund das Abitur haben, steigt die

Wahrscheinlichkeit des Gymnasialbesuchs der Kinder bei gleich hohem Haushaltseinkommen von 39,7 über 64,7 auf 80,3 Prozent an. Auch ist die Spannweite der Chancen gewaltig. So besuchen lediglich 21,5 Prozent der Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Einkommensviertel und mit Migrationshintergrund das Gymnasium. Demgegenüber sind es 80,3 Prozent der Kinder bei zwei Elternteilen mit Abitur aus dem obersten Einkommensviertel und ohne Migrationshintergrund. Auch spielt das Geschlecht eine Rolle, denn Mädchen (44,9 Prozent) besuchen ein Gymnasium generell um 6,9 Prozentpunkte häufiger als Jungen (38 Prozent).

Chancengerechtigkeit bedeutet, unabhängig von Geburt und Herkunft seine eigenen Möglichkeiten frei entfalten zu können. Sie ist die Voraussetzung für eine faire und leistungsfähige Gesellschaft. Zugleich sind eine soziale Durchlässigkeit und die Chance zu sozialem Aufstieg Voraussetzungen für die breite Akzeptanz einer ungleichen, leistungsorientierten Gesellschaftsordnung. Eine höhere Bildung wirkt statistisch positiv auf die Lebenserwartung und Lebenszufriedenheit. Generell sind mit höherer Bildung („Humankapital“) auch wirtschaftliche Aspekte verbunden. So führt ein Abitur zu einem um 42 Prozent höheren monatlichen Nettoeinkommen. Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Wenn begabte Kinder aus benachteiligten Verhältnissen ihr Leistungsvermögen nicht voll ausschöpfen können, führt dies zu vermeidbaren Wachstumseinbußen, die zugleich einen gesellschaftlichen Verlust darstellen. Gerade als alternde, ressourcenarme Gesellschaft wird die Ausschöpfung von Begabungsreserven zur Notwendigkeit, um unseren Wohlstand zu sichern.

Was sehen die Studien als Ursachen der Bildungsmisere? Offensichtlich mangelt es an einer auskömmlichen Finanzierung, mit der Schulen erneuert und modern ausgestattet werden können. Bei Lehrkräften kommt deren Knappheit hinzu. Allerdings fehlt es mitunter auch seitens der Schüler an elementaren Voraussetzungen. Grundregeln des Benehmens – Höflichkeit und Rücksichtnahme – und ein moralisch-sozialer Wertekompaß müssen im Grundschulalltag häufig vor der eigentlichen Stoffvermittlung gelehrt werden. Eine Aufgabe, die traditionell dem Elternhaus obliegt und zwar unabhängig von sozialem Status, finanziellen Möglichkeiten, Bildung oder Nationalität. Die Schule gerät hier zu einem Reparaturbetrieb, den sie nicht (nebenbei) leisten kann. Hinzu kommen laut den Studien Probleme der Zuwanderung. So hat sich der Anteil der 15jährigen, deren Eltern beide im

Ausland geboren wurden, seit 2012 auf 26 Prozent verdoppelt. Neben mangelnden Deutschkenntnissen weisen Schüler mit Migrationshintergrund in der Regel ein ungünstigeres sozioökonomisches Profil (elterlicher Schulabschluß, Einkommen/Vermögen, Wohnort) auf. Nur 16 Prozent besuchen das Gymnasium, 44 Prozent sind es bei 15jährigen ohne Migrationshintergrund. Die Integration wird nicht geschafft – mit Folgen für den Regelunterricht auch für die anderen Schüler.

20-Milliarden-Euro-Programm für 4.000 Brennpunktschulen

Was ist zu tun? Das auf zehn Jahre angelegte „Startchancen-Programm“ in Höhe von 20 Milliarden Euro für 4.000 Brennpunktschulen dürfte bei weitem nicht ausreichen. Ein „Sondervermögen Bildung“, das durch die CO₂-Abgabe und/oder der Erbschaftsteuer zu befüllen wäre, könnte eine nachhaltige, von Wahlzyklen unabhängige Finanzierung sichern. Zudem brauchen die Schulen mehr Möglichkeiten, die Eltern von sich regelwidrig verhaltenden Schülern zu sanktionieren: Anruf 8.30 Uhr bei den Eltern, wenn unentschuldig gefehlt wird; Aufforderung zur Abholung, wenn ein Schüler wiederholt den Unterricht stört; bei Fortdauer des Verhaltens und mangelnder Kooperation Geldbußen/Kürzungen des Bürgergeldes.

In anderen Ländern zeigt die Unterstützung von Familien benachteiligter Kinder bei der Erziehung in den ersten zwei Lebensjahren durch Hausbesuche von Gesundheitsfachpersonal Erfolge. Der Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote für benachteiligte Kinder und der verpflichtende Besuch von Sprachförderung bei unzureichenden Deutschkenntnissen vor der Einschulung wären weitere Maßnahmen. Flexible Vergütungen könnten helfen, um die besten Lehrkräfte an Schulen mit vielen benachteiligten Kindern zu bringen. Virtuelle, differenzierte Lernangebote, kombiniert mit studentischen Mentoren, könnten kostengünstig bei Lerndefiziten zum Einsatz kommen.

Unsere Kinder und Enkel trifft es, demnach die Verantwortung dafür zu tragen, wie Deutschland dasteht – gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich. Die Verantwortung, ein Gelingen zu ermöglichen, liegt heute bei uns.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► www.ifo.de/DocDL/sd-2023-04-freundl-et-alf-chancenmonitor.pdf

Die JF stellt ein

Wir haben viel vor. Mit Ihnen.

jf.de/stellenangebote

Chance nutzen – jetzt bewerben

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT

► **Redakteur/-in für Print und Online**

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 4953 28

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.